

WAHLPROGRAMM

Kommunalwahl 2016

Stadt Hameln

Die großen Herausforderungen der Zukunft zeigen, wie wichtig es ist klare Kante zu zeigen um jetzt die notwendigen Weichen für eine nachhaltige, ökologische Entwicklung der Stadt Hameln zu stellen.

Neue Mobilität, soziales Engagement und mutige Schritte im Kampf gegen den Klimawandel und für eine vielfältige, solidarische Gesellschaft sind nur einige Beispiele dafür.

In der der zurückliegenden Wahlperiode haben wir GRÜNEN im Rat der Stadt Hameln einiges erreicht.

Wir GRÜNE haben die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung ausgebaut, die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes vorangetrieben, die Mittel für den Radwegebau verdoppelt sowie den intensiveren Schutz von Bäumen beschlossen. Die weitere Zersiedelung unserer Stadt haben wir begrenzt und ein Verkehrsmodernisierungskonzept in Gang gesetzt, dass auch die Wohnumfeldverbesserung beinhaltet.



Unsere Kommune braucht Menschen, die mit Engagement, Mut und Kreativität für eine weltoffene, sozial gerechte und ökologische Politik in unserer Stadt eintreten.

Um weiter erfolgreich Politik machen zu können und GRÜNE Ziele in der Stadt Hameln weiter voranzubringen braucht es starke GRÜNE.

Und für starke GRÜNE brauchen wir Ihre Stimmen.



„Chancengleichheit fängt bei Kindern an“

Das Ziel grüner Bildungspolitik ist eine vielfältige Bildungslandschaft in Hameln.

Bildung ermöglicht notwendige Weltorientierung, Selbstbestimmung und Aufklärung, woraus wiederum Wissen um die Vielfalt und damit Respekt vor dem Fremden entstehen. Sie ist der Schlüssel für ein sich entwickelndes Verständnis der komplexen Realität einer modernen Gesellschaft.

Die Hamelner Schullandschaft bietet ein gutes Angebot, ist jedoch noch ausbaufähig. Die Schulsozialarbeit muss weiter ausgebaut werden, Einrichtungen wie die Volkshochschule und die Musikschule sind für eine Stadt wie Hameln unverzichtbar.

Unser Ziel: Ganztagschule an jeder Schule – ohne Elternbeiträge!

Die Bemühungen um Integration und Inklusion aller Kinder in Kindertagesstätten und Schulen müssen massiv verstärkt werden. Dafür muss das notwendige Personal vom Land Niedersachsen eingestellt werden.

Das Angebot an Kita- und Krippenplätzen muss ausgebaut werden, eine fußläufige wohnortnahe Unterbringungsmöglichkeit in einer Kindertagesstätte muss garantiert sein.

Wir wollen:

- die vollständige Umsetzung der Inklusion in den Kindertagesstätten.
- wohnortnahe und perspektivisch kostenfreie Kita und Krippenplätze mit ausreichend Betreuungspersonal.
- die Förderung der pädagogischen Vielfalt und alternativer Projekte in der Kinderbetreuung, wie Montessori, Waldorf

etc. Alle Angebote müssen gleichermaßen für alle Kinder zugänglich sein.

- den Wechsel von der Ganztagsbetreuung hin zu einer qualitativ hochwertigen Ganztagschule mit ergänzenden, vernetzenden Angeboten von freien Trägern und den Hamelner Vereinen und Schulen.
- eine am Elternwillen orientierte und von Stadt und Landkreis gemeinsam koordinierte Schulentwicklungsplanung, um ein qualitativ hochwertiges und effektives Bildungsangebot in unserer Region sicherzustellen.
- Initiativen für freie Schulen unterstützen und den Zugang zu diesen Schulen für alle Schülerinnen möglich machen.
- eine ehrliche Öffnung der Schulen für alle Kinder und Jugendliche, ungeachtet ihrer körperlichen Voraussetzungen oder der sozialen Herkunft. Den Herausforderungen der Inklusion muss mit ausreichend Personal durch das Land Niedersachsen und einer entsprechenden Ausstattung der Schulen begegnet werden.
- eine konsequente Fortsetzung der Sanierung der Schulgebäude.
- ökologisches, gesundes Essen in Kantinen und Küchen mit vollwertiger Nahrung aus kontrolliertem, heimischem Anbau zu günstigen Preisen.
- mehr Mittel für die städtischen Spiel- und Bolzplätze, damit sie wieder zu Spaß-, Erholungs- und Erlebnisorten werden. Dabei sollen sowohl die Ortsteile wie auch die Kernstadt berücksichtigt werden.

„Stadt für Alle – gemeinschaftlich, inklusiv, gerecht“

Projekte wie „Soziale Stadt“ sind nicht nur städtebauliche Stadtteilerneuerungs-Programme, sondern sie gestalten auch das soziale Leben im Stadtteil.

Die Absicherung und Sicherstellung der Stadtteilarbeit durch personelle Kontinuität in den Kinder- und Jugendtreffpunkten bzw.

Stadtteiltreffs, in den Familienzentren sowie das noch auszuweitende Quartiersmanagement sind eine kommunale Aufgabe, die wir dringend ausbauen wollen.

Hameln verfügt über ein gut ausgebautes Netz an Sozialberatungsstellen. Diese sollen unterstützt und an die aktuellen Notwendigkeiten angepasst werden.

Betreute, vielfältige Wohnangebote müssen verstärkt gefördert werden, um geistig, psychisch und/oder körperlich behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben – auch mit erforderlicher Unterstützung – jenseits von Heimen zu ermöglichen.

Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern und professionell Tätigen möchten wir uns für ein Hameln stark machen, in dem ältere Menschen eine umfassende Teilhabe genießen und sich als selbstverständliche Mitgestaltende des Gemeinwohls verstehen können.

Aktive Stadtteilzentren mit Einkaufsgelegenheiten, wichtigen Dienstleistern und Freizeitmöglichkeiten spielen für uns eine besondere Rolle. Wir wollen eine „lebendige Vielfalt im Quartier“ - das Zusammenleben von Jung und Alt unter einem Dach wollen wir ausdrücklich fördern.

Ganz konkret fehlt es an kleinen preiswerten Mietwohnungen, an großen Wohnungen für Familien, an altersgerechtem Wohnraum und an Möglichkeiten für neue Wohnformen. Die Mietpreise steigen erstmals seit Jahren. Die kommunale Wohnungspolitik der letzten

Jahrzehnte war geprägt von der Ausweisung zusätzlicher Bauflächen für Einfamilienhausbebauung in Stadtrandlage und den Ortsteilen.

Ökologische Zielsetzungen sind in der Wohnungspolitik zunehmend wichtig. Dazu gehört vor allem die energetische Quartierssanierung. Bei Sanierungsmaßnahmen dürfen die Mieterinnen und Mieter nicht mehr belastet werden als sie Energiekosten sparen!

Wir fordern daher bezahlbaren Wohnraum von hoher Qualität in allen Stadtteilen und Ortsteilen.

Wir fordern deshalb die Einrichtung einer professionellen Verbraucherberatung. Sinnvoll umsetzbar wäre dies zum Beispiel durch regelmäßige Beratungstermine im FIZ.

Wir GRÜNE setzen uns für einen starken Denkmalschutz ein, der die Einmaligkeit und die Vergangenheit unserer Stadt Hameln bewahrt.

Wir wollen:

- eine Sozial- und Jugendpolitik, in der Selbsthilfe-Initiativen und die vielfältigen Projekte in unserer Stadt Chancen haben sich weiter zu entwickeln und Unterstützung finden
- eine Stadtentwicklung, die junge Familien, Paare, Alleinlebende, Wohngemeinschaften und Wohnprojekte aller Einkommensschichten gleichermaßen fördert.
- die Voraussetzungen für den Erhalt des Gütesiegels „Fair Trade Town“ für die Stadt Hameln schaffen und Fair Trade in der Stadt „leben“
- uns für die Verwendung sowohl von fair gehandelten, als auch regionalen ökologischen Produkten stark machen
- den Einsatz von Bioprodukten in städtischen Einrichtungen fördern

- ein regelmäßiges Angebot der Verbraucherberatung in Hameln
- die Unterstützung und Förderung von Präventionsmaßnahmen im sozialen Bereich und den Erhalt und Ausbau von Hilfesystemen.
- die Beteiligung Hamelns an möglichen, zukünftigen bundesweiten Modellprojekten im Zuge der Cannabislegalisierung, um die Entkriminalisierung von Drogenkonsumenten zu erreichen.
- eine Erhöhung der Anzahl von Sozialwohnungen im Bestand und im Neubau in den nächsten fünf Jahren. Dafür ist die Neuaufgabe eines kommunalen Wohnungsbauprogramms nötig, finanziert über Fördermittel von Land und Bund.
- eine verstärkte Beratung und Förderung von gemeinschaftlich organisierten, auch generationenübergreifenden Wohnprojekten bzw. Baugemeinschaften (z.B. Mehrgenerationenwohnen, Senioren-WG und das Wohnen mit Pflege).
- die Initiierung eines Wohnungstauschprogramms, insbesondere gedacht als Unterstützung für umzugsbereite ältere und alleinstehende Personen.
- eine Verstärkung der kommunalen Seniorinnen- und Seniorenwohnberatung, z.B. bezüglich mehr Barrierefreiheit durch Wohnraumanpassung.
- die Förderung bedarfsgerechter Angebote für Menschen z.B. mit Demenz durch ambulante Wohngruppen.
- die Schließung der Unterbringungseinrichtung für Wohnungslose in Tündern und eine menschengerechte, stadtnahe Unterbringungseinrichtung.
- die Beachtung der Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen bei Bau- und Planungsmaßnahmen, die Beteiligung betroffener Menschen an Entscheidungsprozessen, insbesondere bei Verkehrsplanungen, bei kommunalen Bauvorhaben und Gebäuden in öffentlicher Trägerschaft.
- die Bemühungen um Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Unterstützungsbedarf in den Bereichen geistige und körperliche Entwicklung, Sehen und Hören, Lernen, Sprache und emotionale und soziale Entwicklung in Kindertagesstätten und Schulen weiterhin verstärken. Wir brauchen mehr integrative Gruppen in Kindertagesstätten. Zur Verwirklichung des Rechtes auf inklusive Beschulung müssen bauliche Maßnahmen in Grund- und weiterführenden Schulen in Hameln vorgenommen und umgesetzt werden.
- Stadtteilarbeit und Quartiersmanagement unterstützen.
- das Netzwerk gegen Kinderarmut auf kommunaler Ebene unterstützen.
- starken Denkmalschutz, der unser baukulturelles Erbe bewahrt. Vor Abriss und Neubau muss zunächst die Erhaltung und Sanierung bestehender Bausubstanz geprüft werden.

„Zusammen Leben lernen“

Die Zuflucht von Menschen, die vor Bürgerkrieg und Vertreibung fliehen, ist kein neues Phänomen: Heimatvertriebene, Gastarbeiterfamilien, Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler und die große Zahl von Geflüchteten aus den 1990ern: Sie alle leben heute mit uns, arbeiten, lernen, feiern – sie machen die Vielfalt unserer Stadt aus.

Neu ist, dass innerhalb kurzer Zeit sehr viele Menschen nach Hameln gekommen sind, viele darunter mit guter Vor- und Ausbildung, viele auch ohne diese, alle mit dem Wunsch, schnell die deutsche Sprache erlernen zu können. Das stellt uns vor ganz besondere Herausforderungen. Diese haben wir bisher mit dem nötigen Verantwortungsbewusstsein und frei von Angst erfolgreich gelöst.

Unsere Verwaltung, die Feuerwehren, die Wohltätigkeitsorganisationen, die Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften, die Polizei und viele andere leisten gemeinsam mit einer großen Zahl von Freiwilligen Herausragendes, um die Aufgaben anzugehen. Sie zu unterstützen ist Kernaufgabe der Stadtpolitik, damit Hameln vorbildlich mit diesen neuen Aufgaben umgeht.

Wir GRÜNEN stehen zur Solidarität mit den Geflüchteten und zum Grundrecht auf Asyl. Die Stadt Hameln kann nicht die globalen politischen Probleme lösen, aber sie kann dazu beitragen, dass sich die Menschen, die zu uns kommen, willkommen fühlen und ermutigt werden, an unserer Gesellschaft teilzuhaben.

Wir wollen:

- die Unterstützung der bestehenden Netzwerke und Einbindung der Menschen, die sich um die Integration der Zugewanderten kümmern und eine gute Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen fördern.

- dass Projekte der Stadt- und der Kreisverwaltung, wo nötig, soweit abgestimmt werden, damit Geflüchtete einen Service aus einer Hand bekommen können.
- die Verwaltung der Stadt darin bestärken, weiterhin alle Ermessensspielräume zu nutzen, die einen humanen Umgang mit Geflüchteten ermöglichen.
- die dezentrale Unterbringung der hier ankommenden Menschen durch schnelle Verfügbarkeit von Wohnraum.

„Mehr Grün ist bunt – kein Platz für Hass in Hameln“

Rechtsradikalismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit beginnen vor der eigenen Wohnungstür – dort muss diesen Fehlentwicklungen auch begegnet werden.

In Hameln hat es in den letzten Jahren immer wieder Aktionen von rechtsradikalen Organisationen oder Einzelpersonen gegeben. Dagegen hat sich „Bunt statt Braun“ als ein breites Bündnis aus Kirchen, Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften und vielen Einzelpersonen erfolgreich positioniert. Die durch Krieg, Hunger und Klimawandel ausgelöste Flucht vieler Menschen hat die Agitation mit rassistischem Populismus insbesondere in den sozialen Netzwerken stark steigen lassen.

Wir wollen:

- uns konsequent gegen rechtsradikale oder rassistische Gesinnungen stellen. Politik und Bürgerschaft müssen gemeinsam dafür Sorge tragen, dass in unserer Stadt ein demokratisches und weltoffenes Klima erhalten bleibt.

- eine lebendige Erinnerungskultur.
- in den Schulen regelmäßige Angebote zur Prävention gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit anbieten und mit Hilfe von in Niedersachsen vorhandenen Beratungsstellen durchführen.
- Initiativen gegen Rassismus unterstützen und antirassistische Projekte fördern.
- dass Mädchen und junge Frauen besondere Förderung bei ihrer Berufswahl und Karriereplanung erhalten, um ihnen Bereiche, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, zu eröffnen.
- das Ziel verwirklichen, Führungspositionen in der Verwaltung und den Tochterunternehmen der Stadt und der Wirtschaft mit Frauen stärker zu besetzen. Dazu gehört die Frauenquote.

„Echte Gleichstellung erreichen“

Wir wollen mehr Frauen, die selbstbewusst ihre beruflichen Ziele verfolgen können.

Wir meinen, die Gleichstellung von Frauen und Männern und die bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt sind die Voraussetzung für eine positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft. Daher verfolgt GRÜNE Frauenpolitik das Ziel, die strukturelle Benachteiligung von Frauen aufzuheben, um ihre gleichberechtigte Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu garantieren.

Wir fordern, dass alle Verwaltungsvorgänge und -entscheidungen sorgfältig und frühzeitig daraufhin überprüft werden, ob sie sich auf Frauen und Männer womöglich unterschiedlich auswirken. Insbesondere in den Bildungs- und Jugendpflegeeinrichtungen sollte bei allen Entscheidungen bedacht werden, welche Auswirkungen für Mädchen oder Jungen zu erwarten sind. Dies soll einer Ungleichbehandlung vorbeugen und Chancengerechtigkeit fördern.

Wir wollen:

- die Möglichkeit für Mitarbeiter*innen in Stadtverwaltung oder deren Gesellschaften „Führung in Teilzeit“ auszuüben und bessere Angebote zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung.

- die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten politisch unterstützen.
- dass Frauen unabhängig ihrer Herkunft gleichberechtigt am öffentlichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilhaben können.

„In Bewegung - Sport und Kultur fördern“

In besonderem Maße haben traditionelle und freie Kultureinrichtungen in den vergangenen Jahren nicht nur in eigenen Projekten, sondern auch gemeinsam viel für die kulturelle Attraktivität Hamelns erreicht.

Uns liegen das Museum, die Stadtbibliothek, das Theater und die Musikschule als städtische Einrichtungen dabei genauso am Herzen, wie die gewachsene vielfältige Kulturszene mit Sumpflume, Lalu, die freie Musik- und Theaterszene, der Hafenverein, der Freiraum, der Kulturförderverein, die Kunstszene sowie die gesamte Kneipenszene in Hameln.

Hameln hat eine große und vielseitige Sport- und Vereinslandschaft. Daher wollen wir den Vereinssport fördern. Doch auch der vereinsungebundene Sport nimmt einen immer größeren Stellenwert im Leben der Menschen ein. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass Sportanlagen auch ohne Vereinszugehörigkeit genutzt werden können.

Wir wollen:

- die Sportangebote unterstützen, d.h. den organisierten und nicht organisierten Sport fördern. Dies soll im geplanten Sportentwicklungsplan Berücksichtigung finden.
- einen Sportpark für Skater, BMXer mit Streetballplätzen, Minidrome und Kletterwand auf dem Gelände des Bailey Park.
- den Dialog zwischen Politik und Kultur fördern.
- die finanzielle Förderung der vielfältigen Kulturlandschaft durch die Stadt auch in

Zeiten knapper finanzieller Ressourcen weiterhin erhalten.

- städtischen Kultureinrichtungen mehr Handlungsfreiheit geben, um den veränderten Erwartungen der Bevölkerung besser begegnen zu können.
- Initiativen zur Nutzung des Kunstrasenplatzes an der Süntelstraße unterstützen und die optimale Ausnutzung der Sportanlagen der Stadt Hameln fördern.

„Umwelt-, Naturschutz und erneuerbare Energien: Mehr Grün für Hameln“

Der Schutz von Umwelt, Natur und Landschaft ist der Schwerpunkt GRÜNER Politik.

Es geht um den Schutz und den Erhalt für nachfolgende Generationen. Diese Ziele dürfen wir nicht leichtfertig aufweichen oder aufgeben.

Immer wieder steigt der Druck, bestehende oder zukünftige Schutzgebiete für die Erschließung von Baugebieten aufzugeben. Dies zu verhindern ist unsere Aufgabe. Von der Stadtverwaltung erwarten wir ein planvolles, umwelt- und naturschonendes Vorgehen.

Ein planvolles, umwelt- und naturschonendes Handeln darf sich nicht auf den Umgang mit Baugebieten beschränken, sondern muss bei der Erarbeitung und Umsetzung von Modernisierungs-, Verkehrs- oder Energiekonzepten Berücksichtigung finden.

GRÜNES Ziel ist der Umbau der kompletten Energieversorgung hin zur Nutzung von 100 Prozent erneuerbaren Energien. Das ist für uns eine Frage von Gerechtigkeit – im Umgang mit der Natur und in Verantwortung für nachfolgende

Generationen. Die Beteiligung unserer kreisangehörigen Stadt am Masterplan 2050 des Landkreises ist für uns GRÜNE zwingend notwendig.

Unsere wichtigste heimische „Energiequelle“ ist nach wie vor das Energiesparen. Darum ist die Grundlage unserer Energiepolitik, das Energiesparen zu fördern, z.B. durch Beratungsangebote oder Förderung energetischer Sanierungen. Wir wollen die enge Zusammenarbeit der Stadt Hameln mit den Umweltverbänden und der Klimaschutzagentur.

Wir fordern eine glyphosاتفreie Stadt Hameln. Dabei ist Glyphosat nur ein Beispiel für viele Pestizide. Aber Pestizide haben weder in unserem Essen, noch in unseren Gärten etwas verloren. Das gleiche gilt für den Einsatz von Gentechnik!

Es ist erfreulich, dass der Anteil an Strom aus regenerativen Quellen, den die Stadtwerke liefern, in den letzten Jahren von 31,6% auf 55% gestiegen ist und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt. Es ist unser GRÜNES Ziel, den Kohlestromanteil bei den Stadtwerken von ca. 34% auf 0% zu reduzieren und den Kohleausstieg hier vor Ort weiter voran zu bringen! Dazu gehört auch: Keine Geldanlagen öffentlicher Träger in fossile Energien.

Selbstverständlich bleibt es mit GRÜN dabei: Nicht nur weg von der Kohle, sondern auch weg vom Atom! Die Gefahr wird erst abnehmen, wenn das AKW Grohnde endlich abgeschaltet ist. Dafür standen und stehen wir GRÜNE von Anfang an.

Um Ortsteile zu sichern braucht es keine neuen Baugebiete, sondern Investitionen in die Infrastruktur. ÖPNV, Nahversorger, Ärzte, Schulen, Angebote für Jugendliche usw. sind die Elemente, die eine Stärkung der Infrastruktur bedeuten.

Wir wollen:

- den Vorrang für Sanierung im Bestand, die Schließung von Baulücken vor weiterer Zersiedlung und die Nutzung von Konversionsflächen, die keinen Naturschutzcharakter haben.
- Unsere Stadt darf sich nicht auf Kosten der Entwicklungschancen und der Lebensqualität nachfolgender Generationen immer weiter ausdehnen. Wir stehen für den Grundsatz „Innenentwicklung statt Außenentwicklung“.
- die Reduzierung von Lärm und Luftverschmutzung.
- eine naturverträgliche, schonende Bewirtschaftung des stadtnahen Waldes
- eine dauerhafte Herausnahme schützenswerter Waldflächen aus der forstwirtschaftlichen Nutzung. Auf anderen Waldflächen eine ökologische forstwirtschaftliche Nutzung.
- kein Verkauf von städtischem Wald.
- innerhalb des Naturparkes Weserbergland die Errichtung eines Wildkatzenkorridores zwischen dem Gelbbauch-Unken-Biotop am Süntel und den Hameln-Fischbecker Wäldern. Diese Flächen sollen als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden.
- eine „Grüne Speiche“ für Hameln, die sich von den Sünteldörfern über den Rotenberg und Ravelins Camp bis an die Weser erstreckt.
- Die Evaluierung und Fortschreibung des aktuell gültigen städtischen Klimaschutzkonzeptes (2010 -2020).

- die Förderung der biologischen Vielfalt.
- eine gentechnikfreie Umwelt. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns dafür ein, dass die Stadt als Flächeneigentümerin in neuen Pachtverträgen festschreibt, dass der Anbau und Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen auf ihren Flächen verboten ist.
- Alles daran setzen, jede Form der Massentierhaltung auf dem Gebiet der Stadt Hameln zu verhindern.
- Neupflanzung von Bäumen als gemeinsame bürgerschaftliche und städtische Verpflichtung.
- eine weitere Sensibilisierung und Transparenz der Stadtverwaltung beim Thema Grünflächen- und Baumpflege.
- stärkere Berücksichtigung von Begrünungsmaßnahmen in privaten und gewerblichen Baugenehmigungen. Durchsetzung der Auflagen vor der Endabnahme der Baumaßnahme.
- Zügige Realisierung der Naturschutzgebiete Düth und des ehemaligen Standortübungsplatzes Pötzen.
- die enge Zusammenarbeit zwischen Tierschutzverein und der Stadt zur Kastration von Fundkatzen.

„Nahverkehr anders denken“

Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung dafür, dass Menschen zum Arzt, in die Schule, zur Arbeit oder ins Theater kommen. Insbesondere der öffentliche Personennahverkehr mit Bus und Bahn ermöglicht diese Art der sozialen Teilhabe und ist eng mit Lebensqualität und der Weiterentwicklung sowohl der Stadt Hameln, als auch des ländlichen Raumes verbunden. Um künftigen Generationen gerecht zu werden, den Klimawandel zu stoppen, um Luftverschmutzung und Lärm zu verringern, müssen wir Mobilität neu denken. Das Fahrrad nimmt einen immer größer werdenden Stellenwert in der individuellen Mobilität ein. In den letzten 5 Jahren haben wir viel dafür getan das Fahrradfahren in Hameln attraktiver und ungefährlicher zu machen: Von der Erhöhung des Budgets für den Radverkehr, der Umsetzung des Konzeptes „fahrradfreundliche Stadt“ bis hin zur Einrichtung der Fahrradbegleitkommission. Die Straßen werden von allen finanziert und sollen auch von allen sicher genutzt werden können. Um den zukünftigen Herausforderungen des ansteigenden Radverkehrs gerecht zu werden, muss auch weiterhin viel passieren. Wir wollen in Hameln Bedingungen schaffen, die es vielen Menschen, ob ganz jung oder älter, gefahrenfrei, zügig und bequem ermöglichen, alltäglich das Rad zu benutzen. Wir GRÜNEN wollen den Anteil des Radverkehrs möglichst schnell auf über 25% steigern.

In den letzten 5 Jahren haben wir einiges erreicht:

- den Etat für den Ausbau der Radwege verdoppelt
- die Einrichtung einer komplett neuen Fahrradabstellanlage am Bahnhof für Pendler
- neue Radwege z.B. am Hastenbecker Weg, der Ohsener Straße, der Klütstraße und am Brückenkopf
- im Kopmannshof die Öffnung der Einbahnstraße für den gegenläufigen Radverkehr

- verbesserte Querungen auf dem Kastanienwall (Wettorstraße und Rathausplatz)
- die konsequente Umsetzung des beschlossenen Radwegekonzeptes für die ganze Stadt vorangetrieben
- die Aufstellung von Fahrradbügeln im gesamten Innenstadtbereich

Wir wollen:

- Bordsteinabsenkungen an allen Kreuzungen.
- im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs unser Augenmerk auch in Zukunft darauflegen, dass das Netz der barrierefreien Bus- und Bahnhaltstellen weiter ausgebaut wird.
- eine Evaluierung und konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Radverkehrskonzeptes.
- die Bestellung eines Fahrradbeauftragten und eine intensivere Arbeit der Fahrradbegleitkommission
- eine Neuorganisation der Nutzung von Fahrflächen, auf denen der Autoverkehr abgenommen hat.
- das Fahrrad durch kurze, direkte Wege zum schnellsten Verkehrsmittel in Hameln machen.
- breite, sichere und vom Autoverkehr getrennte Radwege auf der Straße.
- die Freigabe weiterer Einbahnstraßen zur Öffnung in beide Richtungen für den Fahrradverkehr.
- die konsequente Einführung sogenannter Schutzstreifen auf den Straßen, ohne Radwege.
- die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht.
- die prioritäre bauliche Umsetzung von Radverkehrsachsen vom Bahnhof zu Schulstandorten und öffentlichen Einrichtungen.
- die Einführung von Fahrradstraßen, z.B. Nordstadt – Bahnhof oder in der Baustraße.
- ein eigenes „Marketing“ für die fahrradfreundliche Stadt.
- dass die Mitarbeiter*innen der Stadt Hameln über den Arbeitgeber ein Fahrrad leasen können, um als Best-Practice-Beispiel für die Unternehmen in unserer Region voran zu gehen.
- Weitere hochwertige und sichere Fahrradabstellmöglichkeiten in Bahnhofsnähe.
- Tempo 30-Zonen an Kitas und Schulen und allen städtischen Straßen.
- den Einsatz bzw. verstärkten Ausbau von Elektromobilität im kommunalen Fuhrpark, auch durch die Nutzung von E-Lastenfahrrädern, den Ausbau von Ladeinfrastruktur und die Nutzung 100% regenerativer Energien an den Ladestationen.
- dass mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen können.
- dass die Bahninfrastruktur verbessert und durch eine optimale Taktung und die Einrichtung weiterer Haltepunktes attraktiver gestaltet wird.
- die intelligente Vernetzung verschiedenster Verkehrsträger fördern. Dazu gehören die gegenseitige Tarifanerkennung bei Bus,

Bahn und Taxi sowie der Aufbau eines (Elektro-) Carsharingsystems und die kostenfreie Fahrradmitnahme in Bus und Bahn.

- die Stadt Hameln an einem Modellprojekt des Landes beteiligen, das städtische Maßnahmen zur Verkehrsreduzierung wie Tempo 30 auch im klassifizierten Straßennetz erarbeitet und umsetzt.

„Wirtschaft dient den Menschen und der Region“

Wir GRÜNE setzen auf die Aktivierung einer regional und ökologisch ausgerichteten Wirtschaftsförderung mit sozialversicherungspflichtigen, existenzsichernden Dauerarbeitsplätzen, einer eher klein- und mittelständischen Unternehmensstruktur, der beruflichen Gleichstellung von Frauen, einer umwelt- und sozialverträglichen Produktion und Produktinnovation und regionale Produkt- und Finanzkreisläufe. Das in der Diskussion befindliche „Haus der Wirtschaft“ macht nur Sinn, wenn tatsächlich alle Akteure (Arbeitgeberverband, IHK, Kreishandwerkerschaft, Gewerkschaften und z.B. Weserbergland AG) sich auf ein tragfähiges Konzept verständigen. Ein Haus der Wirtschaft „light“ nur mit dem Arbeitgeberverband und möglichen „Ersatzmietern“ wie Arztpraxen und Rechtsanwaltsbüros lehnen wir am Standort Bürgergarten ab.

In der Stadt Hameln sind die Arbeitslosenzahlen in den letzten Jahren zurückgegangen, Die Langzeitarbeitslosen haben aber nicht davon profitiert. Daher ist eine effektive Arbeitsmarktpolitik im Rahmen einer intensiven Kooperation zwischen Stadt und Jobcenter dringend erforderlich.

Freies WLAN ist heute Standard in jeder Stadt, daher wollen wir die Freifunk-Initiative fördern um im gesamten Stadtgebiet freies WLAN

anbieten zu können. Zudem muss überall im Stadtgebiet High-Speed-Internet zur Verfügung stehen.

Wir wollen:

- einen schnellen Internetanschluss für alle Haushalte und Unternehmen in Hameln bis 2018
- offene WLAN-Zugänge, die von allen genutzt oder angeboten werden können (Freifunk-Initiative), werbefrei und ohne Angabe von persönlichen Daten
- die Beauftragung regionaler Unternehmen mit regulären Beschäftigungsverhältnissen entsprechend der Niedersächsischen Vergabegesetzgebung, um die regionale Wertschöpfung zu unterstützen.
- Hamelner Projekte der öffentlich geförderten Beschäftigung. Die aktuelle Unterstützung von Langzeitarbeitslosen durch die Stadt ist unzureichend. Die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, der Impuls gGmbH und dem Landkreis wollen wir intensivieren.
- eine Offensive für intelligente und kreative Arbeits- und Teilzeitregelungen in der Stadtverwaltung und in den Betrieben mit städtischer Anteilsmehrheit.
- eine verstärkte Förderung von regenerativen Energiequellen und den Einsatz ökologischer Elemente in der Wirtschaftsförderung.
- Förderung erfolgsversprechender Start-Ups und innovativer Unternehmen
- Hameln als Bildungsstandort stärken – Bildungscampus mit weiteren Angeboten verschiedener Träger erweitern
- eine verlässliche Grund- und Gewerbesteuer

- eine Wirtschaftsförderung, die den Standort Hameln attraktiv für Unternehmen und hoch qualifizierte Arbeitnehmerinnen macht

„Mitmachen! - Bürgerbeteiligung und Transparenz“

Unsere Demokratie lebt von Transparenz und der leichten Zugänglichkeit von Informationen für Bürgerinnen und Bürger. Wir GRÜNE wollen eine selbstbewusste demokratische Kultur des Mitgestaltens etablieren. Bürgerbeteiligung zur Nachnutzung der ehemaligen Britenkasernen, die Ausgestaltung der Baumschutzsatzung oder die Diskussion zum zukünftigen Rathausstandort zeigen, dass die Menschen bei persönlich als relevant empfundenen Fragen nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden wollen. Bürgerinnen und Bürger wollen beteiligt werden. Dadurch kommen Impulse in einen Planungs- und Entscheidungsprozess, die nahe an der Praxis sind und die Prozesse beleben.

Wir wollen:

- dass weiterhin alle Ratsgremien, vom Ausschuss bis zum Stadtrat offene Einwohnerfragestunden anbieten, die unangemeldet genutzt werden können. Bürgerbegehren, Bürgerentscheid und Bürgerbefragung sind in Niedersachsen neue Beteiligungsformen, die nach dem Inkrafttreten der Niedersächsischen Kommunalverfassung 2011 ermöglicht wurden. Wir GRÜNE stehen hinter diesen Beteiligungsformen und werden uns weiterhin in Hameln dafür einsetzen, dass von diesen auch Gebrauch gemacht wird.

- die Weiterentwicklung des Bürgerbeteiligungs- und Feedback-Managements
- die Verbindung des Ratsinformationssystems mit Sozialen Medien, um die Bekanntheit der Sitzungstermine und -inhalte zu steigern
- die Einführung und Pflege eines moderierten Diskussionsforums, in dem die Stadtverwaltung aktuelle Vorlagen einstellt und Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, diese zu kommentieren und zu diskutieren (liquid feedback).
- dass öffentliche Sitzungen der unterschiedlichen Gremien per Livestream ins Internet übertragen werden und auch nachträglich abrufbar sind.
- praktische Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche ausbauen
- eine freiwillige Selbstverpflichtung zur Offenlegung von Gehältern und Aufwandsentschädigungen in Direktionen (z. B. Sparkassen) und Verwaltungsräten.

„Nachhaltig haushalten“

Trotz der weiterhin angespannten Haushaltslage ist es uns in den letzten Jahren gelungen, unsere politischen Ziele umzusetzen. In Verantwortung einer handlungsfähigen, wirtschaftlich leistungsfähigen und selbstbestimmten Kommune stehen wir GRÜNEN weiterhin für eine verantwortungsvolle Haushaltsführung und eine nachhaltige und sozial ausgewogene Haushaltssanierung. Dazu gehört es, Innovations- und Einsparpotentiale in der Verwaltung zu identifizieren und umzusetzen. Wichtige Eckpunkte aus grüner Sicht sind dabei eine schlanke, bürgerfreundliche Verwaltung mit flachen

Hierarchien um die Potentiale der Mitarbeiter*innen zu entwickeln.

Wir lehnen eine Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ab. Die Gründung der Abwasserbetriebe Weserbergland (AWB) und der Hamelner Bädergesellschaft sind aber positive Beispiele für eine erfolgreiche und sozialverträgliche Verselbstständigung kommunaler Dienstleistungen, die auch in anderen Bereichen fortgeführt werden können. Diesen Weg wollen wir in der kommenden Wahlperiode auch z.B. im Kulturbereich fortsetzen.

Wir wollen:

- Ausgabendisziplin und Fortführung der Haushaltskonsolidierung.
- Zusammenführung der beiden Betreuungssysteme Ganztagsbetreuung und Ganztagschule.
- Mehrausgaben z.B. im Bereich der Gemeinwesenarbeit, Soziokultur oder von Beschäftigungsprojekten auf dem zweiten Arbeitsmarkt - alles unter dem Leitmotiv „Prävention und Integration“, denn dies spart langfristig.
- dass Träger freier Leistungen z.B. im Bereich Soziales und Kultur in die Lage versetzt werden, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen.
- die Erhöhung der Mittel für Maßnahmen zur Energieeinsparung und damit eine Kostensenkung bei städtischen Liegenschaften, die zügige Erneuerung der kommunalen Straßenbeleuchtung und eine energetische Stadtsanierung.
- interkommunale Zusammenarbeit verstärken, vermehrte Zusammenarbeit mit dem Landkreis und den anderen kreisangehörigen Gemeinden zur

Kostenreduzierung, z.B. Wirtschaftsförderung, IT, Naturschutzverwaltung.

- im Bereich der Jugendpflege und sozialen Dienstleistungen entsprechend der gutachterlichen Empfehlung freie Träger stärker beteiligen.
- stärkere Eigenständigkeit des Museums und des Theaters bei Vorgabe von wirtschaftlichen Zielen.
- für Musikschule, Theater und Stadtbücherei aufgrund entsprechender regionaler Nutzung eine angemessenere finanzielle Beteiligung des Landkreises verhandeln.
- mittelfristig die Senkung der derzeit aus Gründen der Haushaltskonsolidierung und des Straßenerhaltungsprogramms notwendigen hohen Gewerbesteuer und Grundsteuer. Die Bürgerinnen und Unternehmen unserer Stadt brauchen eine verlässliche Steuerpolitik.
- die Einbeziehung z.B. von Freiberuflern in die Gewerbesteuer, weil sie genau wie Gewerbebetriebe von der städtischen Infrastruktur profitieren.

Kontakt:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Wendenstraße 2
31785 Hameln

buero@guene-hameln-pyrmont.de
www.gruene-hameln.de
05151-26877

